

GEBIETSÄNDERUNGSVERTRAG

in der Fassung vom 01.07.1992

Die Gemeindevertretung der Gemeinde **Reinsdorf** und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt **Lutherstadt Wittenberg** haben am 06.05.1992 beschlossen (genehmigt am 17.12.1992, Inkrafttreten durch die Verordnung zur Gemeindegebietsreform vom 08.10.1993 am 15.10.1993), im Zuge der beginnenden generellen Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt, die Gemeinde Reinsdorf in die Lutherstadt Wittenberg einzugliedern.

Die näheren Bedingungen der Eingliederung werden gem. § 12 Abs. (2) der Kommunalverfassung (KV) im nachstehenden Gebietsänderungsvertrag geregelt:

§ 1 Rechtsnachfolge

(1) Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Reinsdorf ist die Lutherstadt Wittenberg.

(2) Die Lutherstadt Wittenberg verpflichtet sich, das eingegliederte Gemeindegebiet nach Kräften zu entwickeln und zu fördern, insbesondere durch die Aufstellung von Bebauungsplänen zur Schaffung von situations- und dorfgerechten Wohnhäusern und Gewerbebetrieben.

(3) Die Lutherstadt Wittenberg hat von der Gemeinde Reinsdorf begonnene Verfahren zur Aufstellung von Bauleitplänen fortzuführen, soweit sie der künftigen Entwicklung der Stadt nicht zuwiderlaufen. Das gleiche gilt für die vorzubereitenden Untersuchungen und weiteren Planungen der Gemeinde Reinsdorf zur und nach Aufnahme in das Städtebauförderprogramm.

§ 2 Bezeichnung und Grenzen der Ortsteile

(1) Die Namen der eingegliederten Ortsteile sollen in der Orts- und Heimatgeschichte lebendig bewahrt werden.

(2) Das Gebiet der jetzigen Ortsteile

– Reinsdorf

– Dobien

– Braunsdorf

wird künftig als

– Lutherstadt Wittenberg/Ortsteil Reinsdorf,

– /Ortsteil Dobien,

– /Ortsteil Braunsdorf

bezeichnet.

(3) Die Grenzen der Ortsteile werden in einer der Hauptsatzung der Lutherstadt Wittenberg beizufügenden Karte festgehalten. Sie können nur aus Gründen des öffentlichen Wohls geändert werden.

§ 3 Stimm- oder Wahlbezirke

Bei Landtags- und Kommunalwahlen bilden die Ortsteile einen eigenen Stimmbezirk, bei Bundestagswahlen einen eigenen Wahlbezirk, soweit dies mit den jeweils geltenden Wahlgesetzen und Wahlordnungen vereinbar ist.

§ 4 Ortsteilverwaltung

(1) Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Lutherstadt Wittenberg wird für die in dem § 2 Abs. (2) genannten 3 Ortsteile eine gemeinsame Ortsteilverwaltung eingerichtet (§ 33 KV).

(2) Leiter der Ortsteilverwaltung ist ein von der Stadtverordnetenversammlung aus der Mitte des Ortsausschusses (§ 5) zu wählender Ortsbürgermeister. Er hat einen Stellvertreter.

Beide müssen in einem der 3 Ortsteile wohnen.

Vorschlagberechtigt für die Wahl des Ortsbürgermeisters ist die Fraktion oder Gruppe, deren Mitglieder der Partei oder Wählergruppe angehören, die in den Stimmbezirken nach § 3 bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung insgesamt die meisten Stimmen erhalten hat.

(3) Der Ortsbürgermeister und der Stellvertreter erhalten, wenn sie nicht hauptamtlich tätig sind, eine Aufwandsentschädigung. Die Höhe wird in der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige bestimmt.

(4) Bei repräsentativen Aufgaben in den Ortsteilen soll der Bürgermeister sich in der Regel durch den Ortsbürgermeister vertreten lassen, im Übrigen ist der Ortsbürgermeister hinzuzuziehen.

(5) Der Ortsbürgermeister hat das Recht, an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung beratend teilzunehmen.

(6) Sollte nach einer Änderung der KV eine Ortsteilverwaltung unzulässig sein, wird die Lutherstadt Wittenberg regelmäßig Sprechstunden für die Einwohner der in dem § 2 Abs. (2) genannten Ortsteile abhalten.

§ 5 Ortsausschuss

(1) In die Hauptsatzung der Lutherstadt Wittenberg wird eine Bestimmung aufgenommen, dass für die in dem § 2 Abs. (2) genannten Ortsteile ein Ortsausschuss gebildet wird (Ortsausschuss Reinsdorf).

(2) Für die Bildung des Ortsausschusses gilt § 26 Abs. (2) der KV, für die Zahl seiner Mitglieder gilt die entsprechende Regelung zur Bildung von Gemeindevertretungen des Kommunalwahlgesetzes.

(3) In die Hauptsatzung der Lutherstadt Wittenberg wird eine Bestimmung aufgenommen, dass Stadtverordnete, die in einem der in dem § 2 Abs. (2) genannten Ortsteile wohnen, dem Ortsausschuss mit beratender Stimme angehören können.

(4) Die Mitglieder des Ortsausschusses werden für ihre ehrenamtliche Tätigkeit nach der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit wie die Stadtverordneten entschädigt.

(5) Der Ortsausschuss entfällt, wenn ein Ortsrat oder ein ihm vergleichbares Gemeindeorgan gem. § 20 Abs. (2) gewählt wird.

§ 6 Entscheidungsrecht des Ortsausschusses

(1) In die Hauptsatzung der Lutherstadt Wittenberg wird gem. § 26 Abs.(1) KV eine Bestimmung aufgenommen, dass der Ortsausschuss vorbehaltlich abweichender gesetzlicher Zuständigkeitsregelungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in den folgenden Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises entscheidet, soweit die Stadtverordnetenversammlung der Lutherstadt Wittenberg nicht im Einzelfall wegen der über die Ortsteile hinausgehenden Bedeutung die Entscheidung an sich zieht, insbesondere:

1. Pflege des Ortsbildes
2. Pflege der Denkmäler
3. Zuschüsse für örtliche Vereine und Verbände
4. Förderung, Ausgestaltung und Benutzung von Einrichtungen der Kulturpflege und der freiwilligen Sozialbetreuung, von Sport-, Park- und Grünanlagen, Kinderspielplätzen und Friedhöfen
5. Zuschüsse zu Einrichtungen und Veranstaltungen der Altenbetreuung und Heimpflege

(2) Zur Verfügung des Ortsausschusses wird jährlich in den Haushaltsplan der Lutherstadt Wittenberg neben den in dem § 33 Abs. (1) KV genannten Haushaltsmitteln ein Ansatz von 7,- DM/Einwohner der 3 Ortsteile (Stand: 30.06. des Vorjahres) für Maßnahmen zur Orts- und Heimatpflege aufgenommen.

Der Ortsausschuss kann diese Mittel unter Beachtung haushaltsrechtlicher Vorschriften auch zur Ergänzung der Mittel nach Abs. (1) verwenden.

(3) Der Ortsausschuss hat für diese Mittel einen Ausgabenplan aufzustellen. Die Mittel dürfen nur für Zwecke ausgegeben werden, die dem Ortsausschuss zur selbständigen Entscheidung übertragen sind. Nach Ablauf von 3 Jahren ist die Höhe dieses Ansatzes zu überprüfen.

§ 7 Anhörungsrecht des Ortsausschusses

Der Ortsausschuss ist zu allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises zu hören, die die in dem § 2 Abs. (2) genannten Ortsteile betreffen. Dazu gehören insbesondere:

1. Benennung von Straßen, Wegen, Plätzen und Brücken
2. Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie örtlichen Bauvorschriften sowie deren Änderung und Aufhebung
3. Erlass, Aufhebung und Änderung von Satzungen und Verordnungen
4. Bau und Unterhaltung von Straßen und Wegen einschl. Straßenbeleuchtung
5. Rechtsbeziehungen zu Unterhaltungsverbänden, Wasser- und Bodenverbänden, Realverbänden und Zweckverbänden,
6. Bestimmung der satzungsgemäßen Vertreter in Zweckverbänden und Gesellschaften mit Beteiligung der Stadt
7. Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur
8. Errichtung, wesentliche Änderung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen
9. Bestellung der Ortsbrandmeister
10. Vermietung und Verpachtung des früheren gemeindeeigenen Grundbesitzes und Verwendung der in dem § 9 aufgeführten Erlöse und Rücklagen.
11. Änderung der Grenzen der Ortsteile
12. Veranschlagung von Haushaltsmitteln, die dem Ortsausschuss für die ihm nach § 6 Abs. 1 zugewiesenen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.
13. Bestimmung der Reihenfolge der in dem § 18 aufgeführten Maßnahmen
14. Trägerwechsel von Sozialeinrichtungen

§ 8 Hebesätze für die Realsteuern

(1) Die Gemeinde Reinsdorf und die Lutherstadt Wittenberg erheben zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages Realsteuern nach folgenden Hebesätzen

| | Reinsdorf | Wittenberg |
|---------------|-----------|------------|
| Grundsteuer A | 200 v. H. | 200 v. H. |
| Grundsteuer B | 300 v. H. | 300 v. H. |
| Gewerbsteuer | 300 v. H. | 330 v. H. |

(2) Bis zur allgemeinen steuerrechtlichen Neubewertung der Grundstücke, längstens jedoch für die Dauer der auf die Eingliederung folgenden 5 vollen Haushaltsjahre, wird bei den Grundsteuern A und B und der Gewerbsteuer die in Abs. 1 festgelegte Relation der Hebesätze von Gemeinde und Stadt nicht verändert.

Die für den Bereich der bisherigen Gemeinde Reinsdorf sich ergebenden Hebesätze werden ggf. auf volle 5 v. H. auf- oder abgerundet.

§ 9 Verwendung des Vermögens der bisherigen Gemeinde Reinsdorf

(1) Erlöse aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen aus dem Eigentum der bisherigen Gemeinde Reinsdorf werden unter Beachtung des § 49 KV für kommunale Maßnahmen in den Ortsteilen nach § 2 Abs. (2) verwendet.

(2) Die Rücklagen der bisherigen Gemeinde Reinsdorf werden, auch durch Änderung ihrer Zweckbestimmung, für kommunale Maßnahmen in den Ortsteilen nach § 2 Abs. (2) verwendet.

(3) Bei der Verpachtung und beim Verkauf von Grundstücken, die durch die Eingliederung in die Lutherstadt Wittenberg eingebracht worden sind, sollen die Einwohner der Ortsteile, in denen sie gelegen sind, bevorzugt berücksichtigt werden.

§ 10 Jagdbezirke

(1) Die in der Gemeinde Reinsdorf bestehenden Jagdbezirke sollen nach der Eingliederung als selbständige Jagdbezirke bestehen bleiben.

(2) Die Erträge an Jagdpacht, die auf das Grundeigentum der bisherigen Gemeinde Reinsdorf entfallen, sind für kommunale Maßnahmen in den Ortsteilen nach § 2 Abs. 2 zu verwenden.

§ 11 Schulangelegenheiten

Im Rahmen der Schulentwicklungspläne der Lutherstadt Wittenberg und des Landkreises Wittenberg bleibt die Grundschule Reinsdorf in der Trägerschaft der Stadt bestehen. Bei einer Übernahme der Schulträgerschaft für den Sekundarbereich durch die Lutherstadt Wittenberg (§ 65 Abs. 3 Schulreformgesetz - Vorschaltgesetz) gilt das auch für diese Schule in Reinsdorf.

§ 12 Trinkwasserversorgung

Die Lutherstadt Wittenberg wird im Rahmen ihrer Gesellschafterrechte auf die Stadtwerke Lutherstadt Wittenberg GmbH einwirken, soweit die Rechte zur Wasserversorgung durch die Stadtwerke übernommen worden sind, dass das Trinkwassernetz im Gebiet der bisherigen Gemeinde unverzüglich zum Anschluss der Grundstücke aller in dem § 2 Abs. (2) genannten Ortsteile ausgebaut wird.

§ 13 Abwasserbeseitigung

(1) Die Lutherstadt Wittenberg bleibt mit den in dem § 2 Abs. (2) genannten Ortsteilen Mitglied im Abwasserzweckverband Südfläming.

(2) Bei der Bestimmung der satzungsmäßigen Vertreter in der Verbandsversammlung soll mindestens ein Vertreter in einem Ortsteil nach § 2 Abs. (2) wohnhaft sein.

(3) Der Ortsbürgermeister und der Vorsitzende des Ortsausschusses sollen neben den satzungsmäßigen Vertretern an den Verbandsversammlungen des Abwasserzweckverbandes teilnehmen (§ 4 Abs. 3 der Verbandssatzung).

§ 14 Versorgung mit Energie

(1) Für die Versorgung mit elektrischen Strom gilt der zwischen der Gemeinde Reinsdorf und der Mitteldeutschen Energieversorgungs AG MEAG geschlossene Konzessionsvertrag für das Gebiet der bisherigen Gemeinde Reinsdorf fort.

(2) Die Lutherstadt Wittenberg wird im Rahmen ihrer Gesellschafterrechte auf die Stadtwerke Lutherstadt Wittenberg GmbH einwirken, dass das Netz zur Versorgung mit Erdgas zum Anschluss der Grundstücke aller in dem § 2 Abs. (2) genannten Ortsteile unverzüglich ausgebaut wird.

§ 15 Feuerwehrangelegenheiten

(1) Die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Reinsdorf bleiben mannschafts- und ausrüstungsmäßig als Ortswehren der Lutherstadt Wittenberg bestehen.

(2) Das Vorschlagsrecht für die Benennung von Ortsbrandmeistern für die Ortswehren nach Abs. (1) steht diesen Ortswehren zu.

§ 16 Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung

(1) Die eingegliederten Ortsteile sollen zunächst nicht in die städtische Straßenreinigung einbezogen werden.

(2) Die Lutherstadt Wittenberg erkennt an und verpflichtet sich, die Straßenbeleuchtung in den eingegliederten Ortsteilen zügig den Anforderungen an verkehrsgerechte und verkehrssichere Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen anzupassen und auszubauen.

§ 17 Kindertageseinrichtungen

(1) Die Lutherstadt Wittenberg verpflichtet sich, Kindertageseinrichtungen für das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Reinsdorf bedarfsgerecht nach KITAG vom 26.06.91 zu erhalten und weiterzuführen.

(2) Ein Trägerwechsel von Kindertageseinrichtungen ist möglich.

§ 18 Kommunale Maßnahmen in den Ortsteilen

(1) Die Lutherstadt Wittenberg wird im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten in den eingegliederten Ortsteilen die zur Verbesserung und Erhaltung der kommunalen Infrastruktur erforderlichen Maßnahmen gleichwertig mit denen des übrigen Stadtgebiets treffen.

(2) Folgende Maßnahmen werden unverzüglich geplant und begonnen:

1. Der Ausbau des Strandbades Reinsdorf wird in die Gesamtplanung der Freizeiteinrichtungen in der Lutherstadt Wittenberg einbezogen. Eine Konkurrenzsituation zwischen den Bädern in Piesteritz und Reinsdorf wird vermieden.
2. Herrichtung des derzeitigen Kinderheimes Reinsdorf (Gesundbrunnen) als Dorfgemeinschaftshaus
3. Herrichtung des Sportplatzes Reinsdorf als Rasenspielfläche und Sanierung des Umkleide- und Gerätehauses bis Ende 1994

4. Neuordnung des Einmündungsbereiches Strandbadstr./Belziger Str. (L 124) im Zusammenwirken mit dem zuständigen Träger der Straßenbaulast

(3) Zur Finanzierung der in Abs. (2) genannten Maßnahmen werden folgende Mittel eingesetzt:

1. die für die Förderung freiwilliger kommunaler Zusammenschlüsse gewährten Landesmittel mit dem für beide beteiligten Gemeinden errechneten Gesamtbetrag
2. die allgemeinen Zuweisungen des Landes aus dem Finanzausgleich der Haushaltsjahre 1993 bis 1997 mit einem Anteil, der sich aus der Differenz zwischen den unterschiedlich gewichteten Einwohnerzahlen für Gemeinden von 5.000 E und mehr (z. Zt. 120%) und über 40.000 E (z. Zt 150%) ergibt.

(4) Der Ortsausschuss Reinsdorf kann anstelle der in Absatz (2) genannten Maßnahmen oder im Rahmen der nach Abs. (3) verfügbaren Haushaltsmittel andere Investitionsvorhaben vorschlagen.

§ 19 Übernahme von Bediensteten der Gemeinde Reinsdorf

(1) Als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Reinsdorf (§ 1) setzt die Lutherstadt Wittenberg die Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitern und Angestellten der bisherigen Gemeinde Reinsdorf fort. Sie wird diese Bediensteten nach Möglichkeit auf Arbeitsplätzen einsetzen, die weitgehend denen ihrer bisherigen Tätigkeit entsprechen.

(2) Die in einem befristeten Arbeitsverhältnis beschäftigten Angestellten (§ 27 Abs. 2, § 28 Abs. (3) KV) werden in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen. Abs. (1) Satz 2 gilt entsprechend.

§ 20 Übergangsvorschriften

(1) Bis zur nächsten allgemeinen Kommunalwahl bildet die Gemeindevertretung der Gemeinde Reinsdorf den Ortsausschuss (§ 5).

(2) Sobald die Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt es zulässt, wird in die Hauptsatzung der Lutherstadt Wittenberg eine Bestimmung aufgenommen, dass für das Gebiet der bisherigen Gemeinde Reinsdorf ein Ortsrat oder ein ihm vergleichbares Beschlussorgan gewählt wird. Ihm werden, soweit danach rechtlich zulässig, mindestens die Entscheidungs- und Anhörungsrechte gem. §§ 6 und 7 übertragen.

(3) Für die in Abs. (1) genannte Zeit wird der Hauptausschuss der Lutherstadt Wittenberg um ein vom Ortsausschuss Reinsdorf, unter entsprechender Anwendung des § 26 Abs. 2 KV, zu benennendes Mitglied mit beratender Stimme erweitert.

(4) Abs. 3 gilt entsprechend für die von der Lutherstadt Wittenberg gebildeten Ausschüsse.

(5) Die Haushaltssatzung der eingegliederten Gemeinde Reinsdorf gilt bis zum Ende des Jahres fort, in dem dieser Vertrag in Kraft tritt.

§ 21 Revisionsklausel

Die Vorschriften dieses Vertrages kann die Stadtverordnetenversammlung mit einer Mehrheit von 2/3 seiner Mitglieder nach Zustimmung des Ortsausschusses (Ortsrates, § 20 Abs. (2)) ändern oder aufheben. Die Änderung oder Aufhebung ist nur zum Ende einer Kommunalwahlperiode zulässig.

§ 22 Genehmigungsvorbehalt

Dieser Vertrag bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde (§ 12 Abs. (2) KV).

§ 23 Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt nach seiner Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde (§ 22) in Kraft.